

«Der Sonnenpreis steigt nicht»

Simonetta Sommaruga In der Blackout-Debatte sagt die Energieministerin, wie es wirklich um die Stromversorgung im Land steht, wie man sich auf Notsituationen vorbereitet – und welche Fehler begangen wurden.

Stefan Häne und
Charlotte Walser

Blackout, Strommangellage, Versorgungslücke: Seit der Bund vor zwei Wochen eine Studie veröffentlicht hat, sind diese Begriffe beinahe so dominant wie Corona. Die Studie beschreibt ein Worst-Case-Szenario, in dem im Winter des Jahres 2025 der Strom knapp wird. Akteure aus Politik und Wirtschaft überbieten sich seither mit Vorschlägen. Es braucht nun dringend Gaskraftwerke, finden die einen. Andere sehen sich in ihrer Kritik an der Energiestrategie bestätigt und fordern neue Atomkraftwerke. Was sagt Energieministerin Simonetta Sommaruga zu alldem?

Frau Bundesrätin, alle reden von Stromengpässen. Gehen demnächst die Lichter aus?

Nein, die Schweiz ist gut aufgestellt. Allerdings hat man sich in den vergangenen zehn Jahren stark auf Importe verlassen. Schweizer Stromunternehmen haben sehr viel im Ausland investiert. Im eigenen Land dagegen wurde viel zu wenig erneuerbare Energien zugebaut. Heute müssen wir feststellen: Das ist ein Versäumnis.

Sie kritisieren Ihre Vorgängerin Doris Leuthard?

Nein. Das war damals die allgemeine politische Einschätzung. Für mich war aber von Anfang an klar: Die Versorgungssicherheit ist absolut zentral. Das war etwas vom Ersten, was ich in meinem Departement angepackt habe. Wenn wir die Versorgungssicherheit stärken wollen, müssen wir in der Schweiz mehr erneuerbare Energien zubauen. Nicht nur die Schweiz, alle Länder in Europa stehen vor der Herausforderung, die Dekarbonisierung voranzutreiben und gleichzeitig ihre Stromversorgung sicherzustellen.

War es auch ein Fehler, aus der Atomkraft auszusteigen?

Nein. Die Schweiz hat – anders als Deutschland – keine fixen Abschalttermine beschlossen. Die Atomkraftwerke laufen weiter, solange die unabhängige Atomaufsichtsbehörde Ensi sie als sicher einstuft.

Hoffen Sie etwa, dass die vier Atomkraftwerke noch möglichst lange weiterlaufen?

(lacht) Entscheidend ist für mich einzig, dass die Sicherheit der AKW gewährleistet ist. Wir sollten nun aber nach vorn blicken. Handeln wir klug, können wir die Stromversorgung mittel- und langfristig sichern. Dazu braucht es nun einen Effort beim Ausbau der erneuerbaren Energien. Wir können uns nicht leisten, nochmals zehn Jahre zuzuwarten.

Was ist Ihre Strategie?

Ich habe zwei wichtige Vorlagen ins Parlament gebracht. Den ersten Teil hat das Parlament bereits verabschiedet. Es ist nun klar, wie die erneuerbaren Energien bis 2030 gefördert werden; das gibt die nötige Investitions sicherheit. Der zweite Teil betrifft die Versorgungssicherheit: In unserem Gesetz haben wir ein



«Man kann auch Geld verdienen mit Fotovoltaik», sagt Bundesrätin Simonetta Sommaruga. Foto: Nicole Philipp

Solaranlagen an Autobahnen

Wenn Lärmschutzwände entlang von Autobahnen und Bahnlinien systematisch mit Solarpanels ausgerüstet würden, könnte damit der jährliche Strombedarf von rund 22'000 Haushalten abgedeckt werden. Zu diesem Schluss kommt ein Bericht, den der Bundesrat gestern verabschiedet hat. Um dieses Potenzial zur Stromgewinnung besser nutzen zu können, brauche es rechtliche Anpassungen, so die Regierung. Den Bericht verlangt hatte der Nationalrat mit einem angenommenen Postulat von Bruno Storni (SP, TI). (sda)

Pflichtlager für Strom im Winter eingeplant. Die Staueseebetreiber sollen Wasser für die Winterstromproduktion zurückbehalten und dafür entschädigt werden. Das ist sehr schnell umsetzbar und günstig. Zudem wollen wir die Stromproduktion im Winter stärken mit einem Ausbau der Speicherwasserkraft. Die Grundlagen sind also gelegt.

Aber realistischerweise werden wir doch nicht darum herumkommen, Gaskraftwerke zu bauen.

Wenn die nun eingeleiteten Massnahmen nicht genügen, dann – und nur dann – kommt

Gaskraft als Option ins Spiel. Allerdings müssten Gaskraftwerke zwingend klimaneutral sein. Das ist nicht so einfach, weil Biogas nicht ausreichend vorhanden ist und die CO₂-Speicherung noch nicht ausgereift und teuer ist. Es bleiben dann vor allem Kompen sationen.

Eine neue Studie des Bundes warnt vor Strommangellagen ab 2025. Wäre es nicht zwingend, die Planung von Gaskraftwerken jetzt voranzutreiben?

Die Studie beschreibt den Worst Case: Beznau 1 und 2 fallen gleichzeitig aus, zudem ein Drit

tel der französischen AKW. Und darüber hinaus würde die EU den Stromimport beschränken. Dann könnte die Schweiz ihren Strombedarf am Ende eines Winters unter Umständen während 47 Stunden nicht vollständig decken. Es müsste also schon sehr viel zeitgleich schieflaufen.

Sie gehen also davon aus, dass dieses Szenario nicht eintrifft? Es ist unwahrscheinlich. Das ändert aber nichts daran, dass wir uns für das Szenario rüsten müssen. Für eine Notsituation haben wir mit dem Pflichtlager für Winterstrom eine Lösung, die 2025 greifen kann, sofern das Parlament mit dem Gesetz vorwärtsmacht. Daneben braucht es weitere Optionen. Darum hat der Bundesrat der Eidgenössischen Elektrizitätskommission den Auftrag gegeben, ein Konzept für Gaskraftwerke für eine allfällige Mangellage zu erarbeiten. Dann wissen wir mehr über die Kosten, die Finanzierung und wie lange der Bau dauern würde.

Die Bevölkerung soll Elektroautos kaufen und auf fossile Heizungen verzichten. Und dann bauen wir Gaskraftwerke?

Wir reden hier von einer kurzfristigen Notsituation, für welche die Elektrizitätskommission Lösungen prüft. Im Moment steigen allerdings die Gaspreise. Und mit Gas würden wir die Abhängigkeit vom Ausland erhöhen. Dabei wollen wir das Gegenteil. Trotzdem müssen wir offen bleiben. Es fällt mir aber auf, wie viel jetzt über Gas und AKW gesprochen wird. Eigentlich sollten wir darüber reden, wie wir die Photovoltaik ausbauen. Die Axpo sagt, sie wolle keine AKW, weil die Photovoltaik so viel günstiger sei. Der Sonnenpreis steigt nicht – im Unterschied zum Gaspreis. Und er wird auch nicht von Staaten wie Russland erhöht.

Wollen Sie also eine Photovoltaik-Anbauschlacht?

(lacht) Ich weiß nicht, ob es eine Schlacht ist. Aber nutzen wir doch das Potenzial! Dann machen wir uns unabhängig von Gaspreisen, erhöhen die Versorgungssicherheit – und tun etwas fürs Klima. Und übrigens: Man kann auch Geld verdienen mit Photovoltaik. Letztes Jahr wurde so viel Photovoltaik zugebaut wie noch nie. Die Warteliste für die Förderung haben wir auch abgebaut. Und es gibt noch viel mehr Potenzial: Mit der Sonne können wir in der Schweiz deutlich mehr Strom erzeugen als heute mit vier Atomkraftwerken.

Sie wollen auch Wind- und Wasserkraft ausbauen. Doch Ausbauprojekte werden oft von Umweltverbänden bekämpft. Was wollen Sie dagegen tun?

Zur Wasserkraft habe ich einen runden Tisch einberufen. Es müssen alle aufeinander zugehen, um Lösungen zu finden. So kann man etwa bei Eingriffen in die Natur Kompensationsmaßnahmen beschließen. Bei verschiedenen Projekten hat das zu einer Einigung geführt, zum Beispiel beim Speicherwerk Nant de Drance im Wallis.

Opfern Sie der Energiewende den Umweltschutz?

Nein. Der Umweltschutz bleibt wichtig. Das Problem sind aber die langen Verfahren. Ich werde dazu im Januar eine Gesetzesvorlage bringen, mit der die Verfahren beschleunigt werden. Heute kann man bei einem Projekt gegen jede Bewilligung einzeln bis vor Bundesgericht gehen – gegen die Baubewilligung, gegen die Rodungsbewilligung und so weiter. Das frisst Zeit. Künftig gibt es ein Verfahren aus einer Hand. Damit können weiterhin alle ihre Bedenken zu Biodiversität oder Gewässerschutz anmelden, aber es gibt nur ein Verfahren bis vor Bundesgericht.

«Mit Gas würden wir die Abhängigkeit vom Ausland erhöhen.»

Zurück zum Importproblem. Ein Grund dafür ist, dass das Rahmenabkommen mit der EU gescheitert ist. Hätten Sie sich nicht vehement dafür einsetzen müssen, um ein Stromabkommen mit der EU zu ermöglichen?

Letztes Jahr als Bundespräsidentin wurde mir vorgeworfen, ich hätte mich zu sehr für das Abkommen eingesetzt... Der Gesamtbundesrat hat entschieden, die Verhandlungen nicht fortzuführen. Er war auch darüber informiert, dass mit einem Stromabkommen einiges einfacher wäre. Allerdings würde ein Stromabkommen nicht bedeuten, dass wir automatisch genug Strom hätten. Alle Staaten brauchen mehr Strom.

Da wäre die Teilnahme an einem europäischen Strombinnenmarkt doch umso wichtiger.

Einfach, damit man sich keine Illusionen macht: Ein Stromabkommen wäre innenpolitisch kein Selbstläufer. Mit einem Stromabkommen müsste die Schweiz etwa Unterstützungsmaßnahmen für die Wasserkraft überprüfen und den Strommarkt vollkommen öffnen. Aber klar: Gerade die Zusammenarbeit mit der EU wäre einfacher.

Wie will der Bundesrat mit der EU eine Lösung finden?

Wichtig ist nun, dass die Netzbetreiber Swissgrid technische Vereinbarungen abschließen kann, mit Blick auf die Netzstabilität. Selbstverständlich machen wir unsere Nachbarstaaten darauf aufmerksam, dass das auch in ihrem Interesse ist.

Die EU setzt die Schweiz stark unter Druck mit dem neuen Export/Import-Regime. Geht man so miteinander um? Schuldzuweisungen bringen nichts. Wir bleiben im Gespräch, wie es unter Freunden üblich ist, und suchen vernünftige Lösungen. Vielleicht erzählen wir aber nicht alles noch am selben Tag den Zeitungen.